**Entwurf eines Beschlusses der Bildungspolitischer Sprecher der CDU und CSU zur Online-Tagung in Kiel am 26. November 2021 (zunächst geplant in Präsenz in Kiel)**

**Forderungen an die künftige Bundesregierung im Bereich Schule**

**Folgen aus Corona**

1. Die künftige Ampel-Koalition auf Bundesebene muss umgehend die Voraussetzungen dafür schaffen, eine Corona **Impfpflicht für Lehrkräfte** und weiteres in den Schulen beschäftigtes Personal zu schaffen, soweit dies medizinisch möglich ist. Dann muss die Impfpflicht zügig umgesetzt werden. Zudem fordern wir den Bund auf, als Ultima Ratio die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht zu prüfen, falls sich die Impfquote in der Gesamtbevölkerung in den kommenden Wochen nicht deutlich verbessert.
2. Wir stehen zum **kooperativen Föderalismus**. Er hat sich auch während der Corona-Pandemie bewährt. Verantwortung wird dort ausgeübt, wo sie dicht am Geschehen ist, und Entscheidungen werden nach den Gegebenheiten vor Ort getroffen. Deshalb fordern wir die künftige Bundesregierung dazu auf, an dem bewährten System festzuhalten, das Bundesstaatsprinzip mit der Kultushoheit der Länder zu respektieren und **kein Kompetenz-Wirrwarr** zu schaffen.
3. Wir fordern eine **Entbürokratisierung der Förderprogramme** (wie z. B. Luftfilter, DigitalPakt Schule 2019-2024) des Bundes. Die Vorgaben des Bundes dürfen nicht zu unnötiger Bürokratie und Verwaltungsaufwand führen. Gleichzeitig erkennen wir, dass auch die Länder für eine praktikable Umsetzungen Sorge tragen müssen.

**Digitales**

1. Mit dem **DigitalPakt Schule 2019-2024** haben Bund und Länder gemeinsam Verantwortung für unsere Schulen übernommen und insgesamt 5,5 Milliarden € bereitgestellt, um die Schulen in Deutschland für das digitale Zeitalter aufzustellen. Der Fokus des Digitalpakts lag und liegt darauf, Technik in unsere Schulgebäude zu bringen, also zu „verbauen“. Das war und bleibt eine richtige Entscheidung, denn ganz besonders Corona hat uns gezeigt, dass gute Bildung in Präsenz im Schulgebäude stattfinden muss. Eine voreilige Verausgabung der Mittel für andere Projekte oder eine kurzlebige digitale Ausstattung, lehnen wir ab. Denn nur eine gründliche Planung gibt allen Schulträgern die Möglichkeit, ihre kommunale Medienentwicklungsplanung sorgfältig zum Abschluss zu bringen. Durch die Planung können die Lehrerinnen und Lehrer guten Unterricht mit digitaler Unterstützung halten.
2. Mit dem **Digitalpakt „Sofortausstattungsprogramm“** konnten Bund und Länder in einer Kofinanzierung bedürftigen Schülerinnen und Schülern schnell ein digitales Endgerät für den Distanzunterricht zur Verfügung stellen. Durch das Bund-Länder-Programm und zusätzliche landeseigene Programme konnten die Schülerinnen und Schüler in Deutschland am Distanzunterricht teilnehmen. Auch mit den Zusatzvereinbarungen zum DigitalPakt Schule „Administration“ und „Leihgeräte für Lehrkräfte“ sind in der Pandemie wichtige Schritte zur Digitalisierung des Schulwesens erfolgt. Gleichwohl zeichnet sich ab, dass es noch weitere Investitionsbedarfe für die Digitalisierung für unsere Schulen gibt, insbesondere weil sich die Technik fortlaufend weiterentwickelt. Der DigitalPakt Schule läuft 2024 aus. Deswegen erwarten wir von der neuen Koalition auf Bundesebene **einen Digitalpakt II für die Jahre ab 2025 im Umfang von mindestens 5,5 Mrd. Euro und danach eine Verstetigung der Bundesförderung der digitalen Bildung als nationale Aufgabe.** Diese Förderung durch den Bund muss die Schulträger auch bei der Administration der wachsenden IT-Ausstattung niederschwellig und langfristig unterstützen.
3. Wir setzen uns für eine **nationale digitale Bildungsplattform** ein. Ziel der Plattform ist es, ein aus Sicht der Nutzer einfach zugängliches und einheitliches Bildungs-Netzwerk mit gemeinsamen Schnittstellen, Standards und Funktionen zu schaffen.

**Weitere Maßnahmen**

1. Wir müssen unsere Schulen weiterhin baulich modernisieren. Dazu muss der Bund die Kommunen auch künftig beim Schulbau unterstützen. Barrierefreiheit und Inklusion, Brandschutz, energetische Sanierung, Klimaschutz oder einfach eine in die Jahre gekommen Substanz: Die Länder und Kommunen werden die Herausforderungen im Schulbau nicht alleine schultern können. **Wir erwarten, dass der Bund sich mit mindestens 5 Mrd. Euro an einem Investitionsprogramm für den Schulbau beteiligt.**
2. Hinzu kommt der Ganztagsanspruch: Wir erwarten, dass der **Bund sich künftig noch stärker als bisher an den Investitionen und den jährlichen Betriebskosten für die Ganztagsbetreuung beteiligt**. Es darf nicht geschehen, dass die Länder mit den hohen Betriebskosten in Zukunft weitgehend allein gelassen werden. Wir wollen ein Ganztagsangebot, das flexibel ist und die Bedarfe der Kinder, Eltern und Schulen ausreichend berücksichtigt. Wir wollen dort gebundene Ganztagsgrundschulen, wo die Familien und die Schüler das Angebot brauchen und wünschen. Wir möchten gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit außerschulischen Organisationen und Einrichtungen erreichen.